



Satzung und Zeichensatzung

Inhaltsverzeichnis

| | Seite |
|---|-------|
| 1. Name, Sitz und Geschäftsjahr, Vereinszeichen | 3 |
| 2. Zweck und Aufgaben des Vereins | 3 |
| 3. Art der Mitwirkung | 3 |
| 4. Erwerb der Mitgliedschaft | 4 |
| 5. Beendigung der Mitgliedschaft | 4 |
| 6. Organe | 5 |
| 7. Präsident | 5 |
| 8. Vorstand | 5 |
| 9. Geschäftsführung | 6 |
| 10. Mitgliederversammlung | 6 |
| 11. Sachverständigenrat | 7 |
| 12. Rechnungsprüfer | 7 |
| 13. Auflösung des Vereins | 7 |
| 14. Ermächtigung | 7 |
| 15. Inkrafttreten der Satzung | 7 |
| Zeichensatzung | 8 |

Satzung

§ 1 Name, Sitz und Geschäftsjahr, Vereinszeichen

- (1) Der Verein führt den Namen Institut Bauen und Umwelt e.V.
- (2) Der Sitz des Vereins ist Berlin.
- (3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
- (4) Die Verwendung der Vereinszeichen des Institut Bauen und Umwelt e.V. regelt die Zeichensatzung, die dieser Satzung als wesentlicher Bestandteil als Anlage beigefügt ist.

§ 2 Zweck und Aufgaben des Vereins

- (1) Der Verein fördert das nachhaltige Bauen, insbesondere unter den Gesichtspunkten der Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeit von Bauprodukten und gebäudebezogenen Produkten.
Zu seinen Aufgaben im Wesentlichen gehören:
 - a) die Erarbeitung und Bereitstellung von Nachhaltigkeitsinformationen zur gebauten Umwelt, zu Bauprodukten und bauwerksbezogenen Produkten unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeits-Informations- und Bewertungssystemen;
 - b) das Betreiben eines ISO-Typ III konformen Umweltdeklarations-Programms nach ISO 14025;
 - c) die Bearbeitung, Verwaltung, Vergabe, Veröffentlichung und Promotion von Umweltproduktdeklarationen und produktbezogenen Nachhaltigkeitsinformationen;
 - d) Information der Allgemeinheit sowie im Speziellen der Mitglieder über wesentliche Entwicklungen, die die nachhaltige Entwicklung und insbesondere das nachhaltige Bauen bezüglich Produkten mit Bauwerkbezug betreffen;
 - e) die Durchführung, Begleitung oder Unterstützung von eigenen und öffentlichen Veranstaltungen, die die Themen Nachhaltigkeit und nachhaltiges Bauen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeit zum Inhalt haben;
 - f) Beobachtung und Bewertung der Tätigkeit sowie Mitarbeit in den einschlägigen Gremien der deutschen und europäischen Gesetzgebung, der Normung und Zulassung von Bauprodukten und Bauteilen;
 - g) Anregung und Unterstützung sowie Veröffentlichung von Forschungsarbeiten, Untersuchungen und Erhebungen, die dem Zweck des Vereins dienen;
 - h) Information der Öffentlichkeit über die Belange des Vereins.
- (2) Der Verein kann seine Aufgaben auch durch Tochter- oder Beteiligungsunternehmen ausüben. Er kann insbesondere Gesellschaften gründen und sich an Gesellschaften beteiligen.

§ 3 Art der Mitwirkung

- (1) Die Mitglieder bekennen sich dazu, die Ziele des Vereins zu unterstützen.
- (2) Es wird zwischen einer ordentlichen, assoziierten und fördernden Mitgliedschaft unterschieden.
 - a) Ordentliche Mitglieder können sein:
 - **Personengesellschaften, Kapitalgesellschaften oder sonstige juristische Personen.**

Juristische Personen müssen durch ihre vertretungsberechtigten Organe/Vertreter einen Vertreter benennen, der die Mitgliedschaftsrechte ausübt.

Bei Mitgliedschaften von **Konzern-Muttergesellschaften** schließt die Berechtigung zur Teilnahme am Umweltdeklarationsprogramm des Institut Bauen und Umwelt e.V. der Mutter sämtliche unmittelbar beherrschten Konzernunternehmen (Töchter) ein.

Die Töchter werden damit nicht selbst ordentliches Mitglied im Verein. Auch verfügen sie nicht über ein Stimmrecht auf der Mitgliederversammlung.

Bei Mitgliedschaften von **Verbänden** (rechtsfähige Herstellervereinigungen) schließt die Berechtigung zur Teilnahme am Umweltdeklarationsprogramm des Institut Bauen und Umwelt e.V. des Verbands sämtliche unmittelbar stimmberechtigte Mitglieder ein, sofern die Produkte, für die eine Umweltproduktdeklaration erstellt werden soll, von dem am EPD-Programm teilnehmenden Verband eindeutig repräsentiert werden.

Verbandsmitglieder des am EPD-Programm teilnehmenden Verbandes erlangen mit der Erstellung einer Umweltproduktdeklaration keinen Mitgliederstatus im Institut Bauen und Umwelt e.V. und haben kein Stimmrecht auf der Mitgliederversammlung.

b) **Assoziierte Mitglieder** können sein:

- **Rechtsfähige Herstellervereinigungen (Verbände).**

Assoziierte Mitglieder haben auf der Mitgliederversammlung kein Stimmrecht. In der assoziierten Form der Mitgliedschaft ist die Berechtigung zur Teilnahme am EPD-Programm des Institut Bauen und Umwelt e.V. auf den Verband selbst limitiert. Die Mitglieder des assoziierten Mitglieds (Verband) können nur am EPD-Programm teilnehmen, wenn sie selbst eine ordentliche Mitgliedschaft im Institut Bauen und Umwelt e.V. beantragen.

c) **Fördernde Mitglieder** können sein:

- Jede **volljährige natürliche Person** sowie **Körperschaften, Anstalten, wissenschaftliche Einrichtungen, Personengesellschaften, Kapitalgesellschaften** oder **sonstige juristische Personen**, die das Interesse haben, die Ziele des Vereins über Leistungen oder Förderbeiträge zu unterstützen.

Fördernde Mitglieder sind nicht berechtigt, Umweltproduktdeklarationen im Deklarationsprogramm des Institut Bauen und Umwelt e.V. zu erstellen und haben auf der Mitgliederversammlung kein Stimmrecht.

- (3) Art und Umfang der Mitgliedsbeiträge sowie der Deklarationsentgelte sind in der Beitragsordnung festgelegt.
- (4) Volljährige natürliche Personen, die sich um den Vereinszweck besonders verdient gemacht haben, können auf Vorschlag des Vorstandes von der Mitgliederversammlung zum Ehrenmitglied ernannt werden. Die Beitragspflicht erlischt für Ehrenmitglieder.

§ 4 Erwerb der Mitgliedschaft

- (1) Voraussetzung für den Erwerb der Mitgliedschaft ist ein schriftlicher Aufnahmeantrag an die Geschäftsstelle.
- (2) Der Vorstand beschließt über die Aufnahme oder die Ablehnung.
- (3) Die Zahl der Mitglieder ist unbegrenzt. Beschränkungen auf bestimmte Personenkreise aus rassistischen, religiösen oder politischen Gründen sind nicht statthaft.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft erlischt mit dem Tod, durch Liquidation, Austritt oder durch Ausschluss.
- (2) Der Austritt aus dem Verein bedarf einer schriftlichen Erklärung gegenüber dem Vorstand, die diesem spätestens sechs Monate vor Ablauf des Geschäftsjahres zugegangen sein muss. Der Austritt tritt zum Ende des darauffolgenden Geschäftsjahres in Kraft.
- (3) Der Ausschluss aus dem Verein kann erfolgen:
 - a) bei vorsätzlichem oder grob fahrlässigem Verstoß des Mitgliedes gegen die Satzung und Zeichensatzung des Vereins;
 - b) bei einem Beitragsrückstand von mehr als 6 Monaten nach Fälligkeit, trotz Mahnung;
 - c) bei groben Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht in Verbindung mit den Vereinszeichen des Institut Bauen und Umwelt oder der Mitgliedschaft im Verein.

Er erfolgt durch den Vorstand. Gegen den Ausschließungsbeschluss hat der Betroffene innerhalb eines Monats nach Zustellung des Ausschließungsbeschlusses durch eingeschriebenen Brief an den Vorstand das Recht des Widerspruches an die Mitgliederversammlung, welche bei ihrer nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit über die Ausschließung bzw. den Widerspruch entscheidet.

- (4) Mit der Beendigung der Mitgliedschaft erlöschen alle Rechte und Pflichten des Mitglieds.

§ 6 Organe

- (1) Die Organe des Vereins sind:
 - a) der Vorstand
 - b) die Geschäftsführung
 - c) die Mitgliederversammlung

§ 7 Präsident

- (1) Der Präsident repräsentiert den Verein.
- (2) Er wird für zwei Jahre durch die Mitgliederversammlung gewählt.
- (3) Er erhält für seine Bemühungen für den Verein eine Auslagenerstattung.

§ 8 Vorstand

- (1) Der Vorstand wirkt unparteiisch. Er hat Geschäfts- und Betriebsvorgänge der Mitglieder, die ihm zur Kenntnis gelangen, vertraulich zu behandeln.
- (2) Der Vorstand besteht aus mindestens 7 und maximal 15 Vorstandsmitgliedern, die möglichst unterschiedliche Produkt- bzw. Materialgruppen abdecken sollen.
- (3) Der Vorstand wählt aus seinem Kreis einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter, die Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind und die gesetzliche Vertretung in der Weise innehaben, dass sie jeweils einzeln vertretungsbefugt sind.
- (4) Dem Vorstand obliegt die strategische Ausrichtung des Vereins und die Entscheidung grundsätzlicher Fragen, soweit hierzu nicht die Mitgliederversammlung nach dieser Satzung berufen ist.
- (5) Der Vorstand wird für 2 Jahre durch die Mitgliederversammlung gewählt. Wiederwahl ist zulässig.
- (6) Scheidet ein Mitglied des Vorstands vor dem Ende der Amtszeit aus, kann der Vorstand für die Zeit bis zum Ende der Amtszeit, für die das ausscheidende Mitglied gewählt wurde, ein Ersatzmitglied kooptieren.
- (7) Dem Vorstand obliegt insbesondere der Beschluss über die Anstellung und Entlassung der Angestellten, die Aufnahme von Bankkrediten und Anleihen, die Belastung des Besitzes des Vereins sowie das Vorschlagsrecht über die Be- und/oder Abberufung der Mitglieder des Sachverständigenrats.
- (8) Die Sitzungen des Vorstandes sind von der Geschäftsführung einzuberufen und durch den Vorstandsvorsitzenden zu leiten.
- (9) Im Vorstand gilt allgemeines Stimmrecht. Jedes Mitglied hat 1 Stimme. Entscheidungen werden mit einfacher Mehrheit getroffen. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Stimmenthaltungen werden nicht gewertet.
- (10) Zu Sitzungen des Vorstandes wird unter Einhaltung einer Frist von 4 Wochen eingeladen. Der Vorstand ist nach ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig, wenn mindestens 5 Mitglieder anwesend sind. Sollte nach der ersten Einladung keine Beschlussfähigkeit vorliegen, ist erneut unter Einhaltung einer Frist von einer Woche mit eingeschriebenem Brief einzuladen. Der Vorstand ist nun unabhängig von der Zahl der Teilnehmer beschlussfähig. Der Vorstand kann einstimmig (sämtliche Stimmen) auf Form und Frist verzichten.
- (11) Über alle Beschlüsse des Vorstandes ist ein Protokoll aufzunehmen. Dieses Protokoll ist den Vorstandsmitgliedern spätestens innerhalb eines Monats zuzustellen.
- (12) Scheidet der Vorsitzende oder sein Stellvertreter während seiner Amtszeit aus, überträgt der Vorstand die Aufgabe auf eines seiner Mitglieder.
- (13) Der Vorstand ist, soweit zulässig, ermächtigt, Ausgründungen aus dem Verein vorzunehmen.

§ 9 Geschäftsführung

- (1) Den Mitgliedern der Geschäftsführung kann vom Vorstand Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB erteilt werden. Verpflichtungen, die die Höhe von Euro 20.000,- übersteigen, bedürfen der Zustimmung des Vorstandsvorsitzenden und seines Stellvertreters nach § 8.3 dieser Satzung.
- (2) Die Geschäftsführung wird vom Vorstand auf unbestimmte Zeit berufen und kann jederzeit durch Beschluss des Vorstands von diesem abberufen werden.
- (3) Die Geschäftsführung ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit diese nicht durch Satzung einem anderen Organ des Vereins ausschließlich übertragen sind. Insbesondere ist sie für folgende Angelegenheiten zuständig:
 - a) Betreiben einer Geschäftsstelle,
 - b) kaufmännische Aufgaben, wie Einziehung von Beiträgen, Deklarationsentgelten und sonstigen Forderungen, ordnungsgemäße Buch- und Kassenführung, Aufstellung eines Haushaltsplans und Kassenberichtes,
 - c) organisatorische Vorbereitungen der Vorstandssitzungen und der Mitgliederversammlungen,
 - d) Umsetzung der Weisungsbeschlüsse des Vorstands,
 - e) Unterbindung und ggf. gerichtliche Verfolgung bei Missbrauch der Vereinszeichen
 - f) Organisation von Maßnahmen, die den Vereinszielen dienen.
- (4) Jedes hauptamtlich tätig werdende Mitglied der Geschäftsführung hat Anspruch auf den Abschluss eines Anstellungsvertrages und ist leistungsgerecht zu entlohnen. Der Verein wird in Bezug auf den Abschluss, die Abwicklung und die Beendigung des Anstellungsverhältnisses durch den Vorstand vertreten. Die Geschäftsführung ist berechtigt, zur Erledigung ihrer Aufgaben weitere Mitarbeiter bei dem Verein anzustellen.
- (5) Die Geschäftsführung nimmt mit mindestens einem Mitglied an den Sitzungen des Vorstands beratend teil, soweit nicht über die Berufung, Abberufung oder das Anstellungsverhältnis des betreffenden Geschäftsführungsmitgliedes beraten wird.

§ 10 Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlungen werden durch die Geschäftsführung in Absprache mit dem Vorstand einberufen und durch den Vorstandsvorsitzenden geleitet.
- (2) Die Mitgliederversammlung tritt alljährlich mindestens einmal zusammen (ordentliche Mitgliederversammlung).
- (3) Auf Antrag des Vorstandes oder von mindestens 20 % der Mitglieder sind außerordentliche Mitgliederversammlungen einzuberufen. Die Einladungen zur ordentlichen Mitgliederversammlung erfolgen schriftlich (per E-Mail oder Post) mit einer Frist von mindestens 4 Wochen. Einladungen zu außerordentlichen Mitgliederversammlungen erfolgen ebenfalls schriftlich (per E-Mail oder Post) mit einer Frist von mindestens 4 Wochen. Die Einladungen beinhalten die Tagesordnung.
- (4) Anträge zur Tagesordnung ordentlicher Mitgliederversammlungen sind mindestens 3 Wochen vor der Mitgliederversammlung schriftlich (per E-Mail oder Post) an den Vorstand einzureichen und den Mitgliedern mindestens 1 Woche vor der Mitgliederversammlung zur Kenntnis zu bringen. Verspätet eingehende Anträge sowie Initiativanträge bedürfen zu ihrer Behandlung der Zustimmung von 2/3 der anwesenden Stimmen.
- (5) Jedes ordentliche Mitglied hat in der Mitgliederversammlung 1 Stimme. In der Mitgliederversammlung können sich ordentliche Mitglieder mit schriftlicher Vollmacht, die vor Beginn der Mitgliederversammlung erteilt werden muss, durch andere ordentliche Mitglieder vertreten lassen. Während der Mitgliederversammlung sind Stimmübertragungen nicht möglich. Jeder Stimmberechtigte kann maximal 2 Zusatzstimmen vertreten. Assoziierte und fördernde Mitglieder sowie Ehrenmitglieder und Deklarationsinhaber, die gemäß § 3 (2) a) nicht selbst ordentliches Mitglied im Verein sind, können der Mitgliederversammlung beiwohnen, haben aber keine Stimme.
- (6) Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist beschlussfähig. In der Einladung muss hierauf ausdrücklich hingewiesen werden.
- (7) Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Stimmenthaltungen werden nicht gewertet.

- (8) Beschlüsse über eine Änderung oder Ergänzung der Satzung sowie über die Auflösung des Vereins bedürfen einer 3/4 Mehrheit der anwesenden ordentlichen Mitglieder.
- (9) Der Mitgliederversammlung obliegt:
 - a) Wahl des Präsidenten sowie des Vorstands.
 - b) Wahl der Rechnungsprüfer;
 - c) Entgegennahme des Geschäftsberichtes und des Rechenschaftsberichtes der Rechnungsprüfer;
 - d) Beschlussfassung über den Haushaltsplan;
 - e) Festlegung der Beitragsordnung;
 - f) Entlastung des Vorstandes und der Geschäftsführung
 - g) Beschlussfassung über Satzungsänderungen;
 - h) Entscheidung über Widersprüche nach § 5 (3).
 - i) Auflösung des Vereins.
- (10) Über alle Beschlüsse ist ein Protokoll aufzunehmen, welches vom Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist.

§ 11 Sachverständigenrat

- (1) Der Sachverständigenrat (SVR) erarbeitet in Anlehnung an die internationalen technischen Regeln Richtlinien, die für die Erstellung von Umwelt-Produktdeklarationen zu beachten sind.
- (2) Der Sachverständigenrat ist ein wissenschaftlicher Beirat und sachlich wie fachlich unabhängig.
- (3) Der SVR gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (4) Der SVR beruft auf Vorschlag des IBU oder des SVR seine Mitglieder selbst.
- (5) Der SVR wählt aus den eigenen Reihen einen Vorsitzenden.

§ 12 Rechnungsprüfer

- (1) Vor jeder jährlichen Mitgliederversammlung ist die Kassenführung des Vereins durch mindestens 2 Rechnungsprüfer zu prüfen. Das Ergebnis ist in einem schriftlichen Bericht, der in der ordentlichen Mitgliederversammlung bekanntzugeben ist, niederzulegen.
- (2) Die Rechnungsprüfer werden durch die ordentliche Mitgliederversammlung für die Dauer von 2 Jahren bestellt.
- (3) Die Bestellung eines dritten (Stellvertreter) Rechnungsprüfers ist zulässig.

§ 13 Auflösung des Vereins

- (1) Die Auflösung des Vereins kann nur von einer zu diesem Zweck einberufenen außerordentlichen Mitgliederversammlung beschlossen werden.
- (2) Das Vereinsvermögen ist nach Abzug der Verbindlichkeiten entsprechend dem Beschluss der auflösenden Mitgliederversammlung einschlägigen Forschungszwecken zuzuführen.

§ 14 Ermächtigung

Der Vorstand ist ermächtigt, eventuelle Beanstandungen der Satzung durch das Registergericht durch Satzungsänderung zu beheben.
Die gleiche Ermächtigung gilt für formelle Satzungsänderungen, die sich in redaktioneller Hinsicht ergeben.

§ 15 Inkrafttreten der Satzung

Die vorliegende Satzung wurde in der Mitgliederversammlung vom 05.06.2018 beschlossen und tritt mit der Eintragung in das Vereinsregister Berlin-Charlottenburg in Kraft.

Zeichensatzung:

1. Für das Institut Bauen und Umwelt e.V. sind die folgenden Vereinszeichen beim Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt, Alicante, Spanien, registriert:

1.1 Wortbildmarke „Institut Bauen und Umwelt e.V.“



1.2 Kombinierte Wortbildmarke: „Institut Bauen und Umwelt e.V.“ + „Third-Party Verified EPD / ISO 14025 und EN 15804“



1.3 Kombinierte Wortbildmarke: „Institut Bauen und Umwelt e.V.“ + „Third-Party Verified EPD“



2. Der Verein verwendet das Vereinszeichen gemäß 1.1 zur Bestätigung der erfolgten Verifizierung auf den im Deklarationsprogramm des Institut Bauen und Umwelt e.V. erstellten Umweltproduktdeklarationen. Die Voraussetzungen für eine Teilnahme am Deklarationsprogramm des Institut Bauen und Umwelt sind in § 3 der Vereinssatzung geregelt. Mit der Zeichenvergabe fallen für jeden Deklarationsinhaber Deklarationsentgelte an, deren Art und Umfang der Beitragsordnung zu entnehmen ist.

3. Der Verein stellt das Vereinszeichen gemäß 1.1 seinen Mitgliedern zur *Kommunikation ihrer Mitgliedschaft* im Institut Bauen und Umwelt e.V. zur Verfügung, z.B. in Unternehmens-/Imagebroschüren, Geschäftsbriefen oder E-Mails sowie für den Internetauftritt. Die Vereinszeichen gemäß 1.1 darf jedoch nicht für die produktbezogene Kommunikation verwendet werden.

4. Für die *produktbezogene Kommunikation*, insbesondere für die Kennzeichnung von Waren und Verpackungen, aber auch für Produktdatenblätter, Preislisten oder produktspezifische Anzeigenmotive, ist ausschließlich die kombinierte Wortbildmarke gemäß 1.2 oder 1.3 zu verwenden. Es dürfen nur Produkte gekennzeichnet werden, für die eine Umweltproduktdeklaration vorliegt. Die Kennzeichnung ist produktnah zu verwenden und muss dem Produkt eindeutig zuordenbar sein. Die Verwendung der Wortbildmarke gemäß 1.2 oder 1.3 steht auch Deklarationsinhabern offen, die nicht

zugleich Mitglied des Vereins sind [siehe § 3 Ziffer 2 a) der Vereinssatzung], sofern sie eine Umweltproduktdeklaration im Deklarationsprogramm des Institut Bauen und Umwelt e.V. erstellt und dieser Zeichensatzung zugestimmt haben.

5. Der Verein gestattet seinen ordentlichen Mitgliedern, die kombinierte Wortbildmarke gemäß 1.2 oder 1.3 in Vertriebs- und/oder Marketinggesellschaften aufzunehmen, sofern nur Produkte, für die eine Umweltproduktdeklaration vorliegt, damit gekennzeichnet werden. Die Kennzeichnung ist produktnah zu verwenden und muss dem Produkt eindeutig zuordenbar sein.

6. Das Recht zur Führung der Vereinszeichen ist an eine Mitgliedschaft im Institut Bauen und Umwelt e.V. gebunden. Mit dem Wirksamwerden der Beendigung der Mitgliedschaft, sei es durch Austritt oder Ausschluss, endet auch das Recht zur Zeichennutzung für das Mitglied sowie ggf. weiterer Deklarationsinhaber, deren Berechtigung zur Teilnahme am Deklarationsprogramm des Institut Bauen und Umwelt e.V. sich aus der Mitgliedschaft des ausscheidenden Mitglieds ableitet [siehe § 3 Ziffer 2 a) der Vereinssatzung].

7. Deklarationsinhaber ohne eigenen Mitgliedstatus (Konzernunternehmen (Töchter), Mitglieder von IBU-Mitgliedsverbänden) sowie Deklarationsinhaber, die ihre Mitgliedschaft vor Ablauf der Gültigkeit ihrer Deklaration wirksam gekündigt haben, können die Berechtigung zur Zeichennutzung auch nach Beendigung der Mitgliedschaft ihres Mutterkonzerns oder Verbands durch Zahlung eines erhöhten Zeichenentgelts gemäß Ziffer 10 der Beitragsordnung für die restliche Gültigkeitsdauer der Deklaration aufrecht erhalten. Ansonsten ist eine weitere Verwendung des Vereinszeichens gemäß 1.1 sowie der kombinierten Wortbildmarken gemäß 1.2 und 1.3 untersagt.

8. Werden die Vereinszeichen von den zur Verwendung Berechtigten missbräuchlich genutzt, kann es gemäß § 5 (3) der Vereinssatzung zu einem Ausschluss des Mitglieds aus dem Verein kommen.

9. Der Verein ist verpflichtet, bei irgendwelchen Störungen, welche Dritte den Vereinsmitgliedern in der Führung der Vereinszeichen bereiten, gegen diese Personen außergerichtlich und/oder gerichtlich vorzugehen.

10. Jedes Mitglied des Vereins hat die Pflicht, die ihm zur Kenntnis kommenden Verstöße gegen die Zeichensatzung unverzüglich dem Vorstand des Vereins mitzuteilen.

11. Die den Mitgliedern gewährte Befugnis, die Vereinszeichen des Institut Bauen und Umwelt e.V. zu benutzen, darf nicht auf dritte Personen oder Firmen weiterübertragen werden, ausgenommen hiervon ist der Fall gemäß 5. dieser Zeichensatzung.

12. Die vorliegende Zeichensatzung ist integrierender Bestandteil der Satzung, welche in der Mitgliederversammlung vom 07.06.2016 beschlossen und mit Eintragung in das Vereinsregister Berlin-Charlottenburg wirksam wurde.